

Redebeitrag zur Kundgebung zum 1. Todestag von Aman Alizada am 21.08. und zur Demonstration „In Gedenken an Aman Alizada – Kein Vergeben, Kein Vergessen!“ am 22.08.2020 in Stade

Rednerin: Dörthe Hinz

1 Jahr ist vergangen seit dem tragischen Tod des 19 jährigen Aman Alizada. Tod durch Schüsse aus der Pistole eines Polizisten.

Der Tod von Aman Alizada bei einem Polizeiansatz am 17. August letzten Jahres in Stade wirft weiterhin Fragen auf, die beantwortet werden müssen.

Auch heute macht das Geschehen, der Tod, die Todesumstände, die Erinnerung tief betroffen und traurig. Es bleibt unbegreiflich, dass dieser junger Mensch gestorben ist, gestorben im Rahmen eines Polizeieinsatzes, der bis heute nicht lückenlos aufgeklärt ist.

Neben der Trauer macht es aber auch wütend. Wütend, dass im Falle Amans, wie auch in vielen Weiteren ähnlichen Fällen, die Ermittlungen eingestellt wurden bzw. werden sollten.

Nicht nur bleiben aus Sicht des Flüchtlingsrates mit der Einstellung des Verfahrens etliche Fragen unbeantwortet, vielmehr werden sogar weitere Fragen aufgeworfen.

Es war zwingend nötig, dass die Generalstaatsanwaltschaft Celle die Staatsanwaltschaft in Stade zur erneuten Aufnahme der Ermittlungen aufforderte und die Ermittlungen jetzt weitergehen müssen.

Denn die Antworten und Einschätzungen, die die Staatsanwaltschaft lieferte, sind beschämend und zeugen nicht von einer gründlichen Ermittlungsarbeit. Der Bescheid der Staatsanwaltschaft lässt viele Fragen unbeantwortet und ignoriert Fakten zu Gunsten des Polizeibeamten.

Es finden sich Lücken und Widersprüche in den Begründungen. Es ist vor dem Hintergrund der bekannten Fakten daher skandalös, dass die Staatsanwaltschaft Stade die Ermittlungen mit dem Ergebnis, es habe sich bei den tödlichen Schüssen des Polizeibeamten um „glasklare Notwehr“ gehandelt, eingestellt hatte.

Unsere Forderung nach lückenloser und auch transparenter Aufklärung hat damit weiterhin Bestand.

Warum eigentlich? „Warum?, fragt sich sein Bruder Rahmat, „warum fand sein jüngerer Bruder in einem der sichersten Länder der Welt den Tod durch einen Polizisten, vier Jahre nach seiner Flucht aus einer der gefährlichsten Regionen der Erde?“

Aman Alizada war mit 15 Jahren ohne seine Eltern aus Afghanistan geflüchtet. Er suchte Schutz vor Verfolgung, Schutz vor Krieg. Die ersten zwei Jahre in Deutschland wohnte er mit 70 anderen Minderjährigen in einer Turnhalle, statt in einer jugendgerechten Unterkunft. Kurz vor seinem 18. Geburtstag wurde sein Asylantrag abgelehnt. Kurz danach wurde auch seine Unterstützung

seitens der Jugendhilfe eingestellt. Sein psychischer Zustand wurde zunehmend schlechter. Er wurde krank. Er benötigte Hilfe – Hilfe die er nicht bekam.

Der Polizei war Amans psychischer Krankheitszustand bekannt, als sie am Abend des 17.8. 2019 zu seiner Unterkunft fuhren.

Wieso stirbt also ein junger Mann, der sich alleine in einem Zimmer befindet, wo keine weitere Person in Gefahr schwebt, der keine unmittelbar tödliche Waffe bei sich trägt – Wieso stirbt er umgeben von 4 Polizisten und Polizistinnen?

Die uns bekannten Fakten lassen alles andere zu als den Schluss, dass die fünf Schüsse, in „glasklarer Notwehr“ abgegeben wurden.

Nach den uns bekannten Zeug_innen-Aussagen hat sich der Polizist selber in eine Lage gebracht, die möglicherweise für ihn bedrohlich wurde, obgleich noch zuvor für keinen Menschen eine Gefahr bestand. Der Beamte hat die Tür vom Zimmer, in dem sich Aman Alizada allein befand, aufgetreten und ist in das Zimmer vorgedrungen. Man kann sicher allein deshalb nicht mehr von Notwehr sprechen. Die Situation war von den 2 draußen befindlichen Polizistinnen dabei überwiegend einsehbar. Die Eskalation einer zuvor kontrollierbaren Situation bleibt unbegreiflich.

Es heißt, es habe einen Angriffsversuch von Aman gegeben. Ein Gutachten, dass die abgegebenen Schüsse untersucht hat, kommt allerdings zu der Erkenntnis, dass zwei Schüsse, von denen mindestens einer tödlich war, in Höhe des Brustbeins in Aman Alizadas Körper eintraten. Die Ergebnisse zu den Schusswinkeln legen viel näher, dass Aman sich in einer sitzenden Position befunden hat, wie er es zuvor laut Zeug_innen-Aussagen auch getan hat und damit nicht in Angriffshaltung dem Polizisten gegenüberstanden haben kann.

Notwehr, ja oder nein? Totschlag?

Ein Polizist kann in solchen Fällen nur dann nicht dem Totschlag bezichtigt werden, wenn es Notwehr war. Notwehr ist nur dann gegeben, wenn es keine andere Möglichkeit gegeben hat, aus der lebensbedrohlichen Situation anders herauszukommen.

Wir fragen :

1. Die psychische Erkrankung von Aman war bekannt. Warum wurde nicht frühzeitig der sozialpsychiatrischen Dienst, psychologische Fachleute oder andere medizinische Hilfe eingebunden?
2. Wieso haben die beiden Beamten, die sich im Haus befanden gewaltsam Zutritt zum Zimmer verschafft und damit nach dem bisherigen Erkenntnisstand ganz eindeutig die Gefahrensituation verschärft?
3. Lag auch danach überhaupt eine Notwehrsituation vor? Nicht zuletzt die Ergebnisse zu den Einschusswinkel lassen einen anderen Schluss zu.
4. Warum wurden nicht weitere Einsatzkräfte angefordert?
5. Warum wurde nicht in Arm oder Bein geschossen?

Und wir fragen : Ist die Staatsanwaltschaft vertrauenswürdig, wenn sie dermaßen einseitig ermittelt und darstellt?

Und das sind nur einige Beispiele. Fragen gibt es viele, zu viele.

Der Tod von Aman Alizada, aber auch viele weitere bedenkliche Polizeieinsätze in den letzten Wochen und Monaten zeigen: Es muss sich etwas ändern bei Polizeieinsätzen. Notwendig sind Konsequenzen bei den Einsatzstrategien der Polizei. Bei Einsätzen wie in Stade muss die Polizei anders vorgehen und sicherstellen, dass niemand dabei stirbt.

Eine aktuelle Statistik zeigt auf, dass 8 von 10 Menschen, die durch Polizeieinsätze sterben psychisch krank sind. Eine alarmierende Zahl.

Es ist Unwissenheit und Überforderung, die mitunter in solchen Fällen dazu führt, das Polizist*innen nicht entschärfen, sondern vielmehr zur Eskalation beitragen.

Psychisch erkrankte Menschen mit gezogener Waffe zu konfrontieren führt oft unweigerlich zur Eskalation der Situation.

Das ist alles nicht neu; umso unbegreiflicher, dass es offensichtlich weiterhin an Handlungswissen mangelt und die Einbeziehung von psychologischen Fachleuten nicht standardmäßig vorgenommen wird.

Hier ist auch die Politik gefragt. Es ist mit ihre Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, Strukturen zu hinterfragen, und sie zu verändern, so dass junge Menschen wie Aman und leider viele Andere Schutz, Sicherheit und Hilfe bekommen.

Die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen, an die sich Menschen richten können, ist ein wichtiger Schritt, um willkürliches Handeln in der Polizei einzuschränken und Sicherheitsbehörden demokratischer zu machen. Eine unabhängige Beschwerdestelle gibt es in Niedersachsen nicht. Sowohl die Stelle als auch die Polizei sind dem gleichen Ministerium untergestellt.

Es ist schon lange Zeit zu handeln. Doch was wir erleben ist eine aggressive Abwehrhaltung von kritischer Begleitung solcher Todesfälle. Abwehr trägt wenig dazu bei, fortschrittliche und notwendige Veränderungen in den Sicherheitsorganen voranzubringen. Ähnliches lässt sich auch bei der aktuellen Debatte zu geforderten Untersuchung zum Thema Rassismus in der Polizei beobachten.

Es sollte doch im Interesse aller sein, dass das Handeln von Behörden ständig überprüft und von Politik und den Behörden selbstkritisch reflektiert und, wo nötig, auch nachgebessert wird. Nur so kann das Vertrauen jedes einzelnen Menschen, der hier lebt, in die Behörden hergestellt werden.

Wir werden in jeden Fall hier bleiben, wir werden solange Aufklärung fordern, wie es nötig ist. Wir werden gemeinsam eine öffentliche Sichtbarkeit schaffen für Geschehnisse wie diese und für Menschen die unsichtbar gemacht werden sollen.

Es gehört zu den Grundvoraussetzungen einer Demokratie, dass sich die Polizei Fragen gefallen lassen muss, wenn bei ihren Einsätzen Menschen geschädigt oder gar getötet werden. Und diese Fragen müssen auch beantwortet werden. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen immer häufiger rechte Netzwerke und Rassismus in Sicherheitsorganen bekannt werden.

Wir erinnern heute auch daran, dass Aman Alizada als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Niedersachsen kam. Wir erinnern daran, dass er trotz psychischer Erkrankung, trotz weiterer Unterstützungsbedarfe mit 18 aus der Jugendhilfe verwiesen wurde. Es ist inakzeptabel, dass weiterhin zu viele Jugendämter in Niedersachsen nach Vollendung der Volljährigkeit die Unterstützung einstellen. Eine Hilfe, die im Regelfall vorgesehen ist, und so oft dringend benötigt wird. Der Alltag junger Flüchtlinge ist bereits vielfach belastet durch Flucht und Trennung von der Familie und dominiert von Ängsten, Unwissenheit und Unsicherheiten über ihre aufenthaltsrechtliche Situation und ihrer Zukunft in Deutschland. Sie in dieser Situation alleine zu lassen ist fatal.

Im letzten Jahr haben wir neben unseren Positionen und Forderungen zum Ermittlungsverfahren auch mehrere Versorgungsdefizite in Stade identifiziert und benannt. Es fehlt jedoch bis heute weiterhin massiv an psychosozialen, psychologischen Versorgungsstrukturen, es fehlt an bedürfnisorientierten Angeboten und Anlaufstellen für (junge) geflüchtete Menschen. Doch anstatt sich mit der Kritik auseinanderzusetzen, wurde sie größtenteils abgewehrt . Es ist für uns unbegreiflich, dass es nach der Kritik von mehreren Seiten bislang keine erkennbaren Verbesserungen oder Veränderungen gibt.

Wir appellieren heute erneut eindringlich an Politik und Verwaltung in Stade, sich den Versorgungsdefiziten zu stellen und diese abzuschaffen.

An dem tragischen Tod von Aman Alizada können wir leider nichts mehr ändern. Aber wir können und müssen gemeinsam in all unseren unterschiedlichen Rollen, Funktionen, Verantwortlichkeiten Konsequenzen ziehen, bestehende Strukturen und das eigene Handeln hinterfragen und unter Einbeziehung von geflüchteten Menschen aus Stade eine tatsächlich offene und vielfältige Stadt gestalten, die Menschen willkommen heißt, in denen sich Menschen willkommen fühlen... und in denen Menschen wie Aman, die als Kinder oder Jugendliche aus Kriegssituationen allein fliehen müssen, sich geschützt und sicher fühlen können. Das ist unsere Aufgabe und Verantwortung, egal ob wir jetzt im Auftrag der Bundesregierung/des Staates arbeiten oder in einer unabhängigen Menschenrechtsorganisation tätig sind.